

Schweiz: Ex-SVP-Politiker Daniel Regli fühlt sich verspottet

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Stadtparlament von Zürich macht sich der homophobe Rechtspopulist noch Sorgen um die Analmuskeln von schwulen Männern.

Der Zürcher Kommunalpolitiker Daniel Regli von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) hat nach dem Ausscheiden aus dem Zürcher Gemeinderat vergangenen Monat erneut seine Tirade gegen Homosexuelle und Aufklärung über LGBTI verteidigt. Vergangenes Jahr kurz vor Weihnachten hatte der 60-Jährige im Gemeinderat bei einer Haushaltsdebatte die Förderung des Aufklärungsprojekts "Lust und Frust" kritisiert und war dann zu einer insbesondere gegen schwule Männer gerichteten Tirade übergegangen, in der er unter anderem sagte: "Sie finden nichts darüber, dass sich promiske Homosexuelle zwischen 30 und 40 das Leben nehmen, weil der Analmuskel nicht mehr hält, was er verspricht". Schwule würden aus Enttäuschung über den Schliessmuskel Selbstmord begehen, so die These des Politikers.



In einem Offenen Brief, der an "Schweizer Medien, Zürcher Stadtrat, Gemeinderat, Fachstelle Lust & Frust" adressiert war, bekräftigte der Politiker nun, dass er sich nicht entschuldigen werde. "Habe ich etwas Unwahres gesagt?", so Regli, der sich auf seiner Twitter-Seite als "Christ, Ehemann, Vater, Patriot, Historiker, Publizist, Lebensrechts-Aktivist" bezeichnet. "Ich wäre schön blöd, würde ich so brisante Fakten öffentlich verkünden, wenn ich dafür keine Quellen hätte." Er habe sich demnach auf die Aussagen "eines Arztes und eines ehemaligen Homosexuellen" gestützt – also eines Schwulen, der angeblich von seiner Homosexualität "geheilt" wurde.

Regli: Kritik an mir ist "fieses Ablenkungsmanöver"

Regli sieht sich in dem Offenen Brief als Opfer einer Kampagne: "Anstatt sich auf eine inhaltliche Diskussion einzulassen, haben Mitglieder des Gemeinderats und die Medien mich angeklagt und verspottet. Ich hätte 'menschenverachtend' über Schwule gesprochen und es sei 'absurd', was ich gesagt habe. Das ist natürlich ein fieses Ablenkungsmanöver, um sich nicht mit den Fakten befassen zu müssen", behauptete der 60-Jährige. "Dass auf den Mann, statt auf den Ball gespielt wurde, finde ich sehr bedauerlich. Wer so vorgeht, fügt sich selber und seinem 'familiären' Umfeld beträchtlichen Schaden zu." Ferner schlug Regli auf das Aufklärungsprojekt "Lust und Frust" ein, durch das "unsere Kinder" mit "der gendermissionarischen Ideologie verstört, verführt und geschädigt" würden.

Alan David Sangines, sozialdemokratischer Gemeinderat und Mitorganisator des CSDs in Zürich, antwortete seinem ehemaligen Kollegen am Donnerstag in einem eigenen Offenen Brief. Es gebe keine Beweise, dass Schwule aus Verzweiflung über die angeblich massenweise auftretende Inkontinenz Selbstmord begingen. "Der Einzige, der eine Verbindung zwischen diesen zwei Themen herstellt, bist du", so Sangines. Auch die Quellenangabe für die hohe Rate der Inkontinenz, ein anonymer "Arzt" und ein "ehemaliger Homosexueller", sei dürftig.

Sangines zeigte sich über die Besessenheit von Regli über das Sexleben von Homosexuellen amüsiert. Er wünsche seinem Ex-Kollegen, "dass du irgendwann bereit sein wirst, der Ursache für deine Obsession auf den Grund zu gehen".

Bereits jetzt gibt es massenweise Studien, die die höhere Selbstmordrate unter Homosexuellen untersuchen und als Grund nie Inkontinenz nennen, sondern die gesellschaftliche Ausgrenzung von sexuellen Minderheiten; das ist etwa das Ergebnis einer wissenschaftlichen australischen Studie über

queere Jugendliche aus dem vergangenen Jahr. Ein Weg, um diese Suizidrate zu senken, könne laut einer US-Studie die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben sein. Diese Gleichbehandlung im Ehe-Recht wird aber von der SVP-Führung abgelehnt.

Regli war nach der Kommunalwahl im März aus dem Stadtparlament ausgeschieden. Er hatte sich nicht erneut um den Posten beworben – eine Entscheidung, die angeblich bereits vor dem Schliess-muskel-Skandal gefallen war. Seine SVP fiel bei den Wahlen hinter Sozialdemokraten und Liberalen auf den dritten Platz zurück – insgesamt verloren die Rechtspopulisten knapp vier Prozentpunkte und erreichten nur noch 13,4 Prozent der Stimmen.

queer.de / 3.5.2018